

LANDJUGEND FORDERT PARTEIEN ZUM UMDENKEN AUF



„Die Ergebnisse der Bundestagswahl geben uns leider Recht: Wir können es uns weder politisch, noch ökonomisch und schon gar nicht menschlich leisten, dass Bevölkerungsgruppen sich abgehängt und ausgeschlossen von unserer Demokratie und Gesellschaft fühlen. Eine voreilige Abschaffung des Soli wäre da ein Fehler. Wir brauchen auch nach 2019 eine Förderung, die Lebensperspektiven verschafft und zwar in allen strukturschwachen Regionen - überall in Deutschland, egal ob in Ost oder West, Nord oder Süd“, stellt Sebastian Schaller fest. Der Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e.V. ist überzeugt: „Dafür brauchen wir den Solidaritätszuschlag - umgewandelt in einen Beitrag für die benachteiligten Gebiete der Bundesrepublik.“

Ziel müsse es sein, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben und eine Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in den unterschiedlichen Bundesländern und Regionen hergestellt wird, heißt es im größten Jugendverband im ländlichen Raum. Darum fordert der BDL-Bundesvorsitzende die Parteien zum Umdenken auf: „Wer es bisher noch nicht verstanden hat: Das ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für unsere Demokratie.“

Für ihn wie die rund 100.000 ehrenamtlich Aktiven, die er hinter sich weiß, steht fest, dass Lebensqualität und Zukunftsaussichten nicht vom Geburtsort geprägt werden dürfen. „Wo Jobs und Ausbildungsplätze fehlen, wo es an Kitaplätzen und Verkehrsanbindungen mangelt, wo vom schnellen Internet und staatlicher Unterstützung nichts zu spüren ist, bleibt Chancengleichheit eine Illusion“, sagt der BDL-Bundesvorsitzende. Dabei hat er nicht nur die ländlichen Räume, sondern eben auch Regionen im Blick, aus denen sich die Industrie zurückgezogen hat.

„Falschen Propheten und selbsternannten Heilsbringern muss das Handwerk gelegt werden. Wir müssen uns endlich um strukturschwache Regionen kümmern. Sie brauchen unsere besondere Unterstützung. Und die Solidarität aller Bürger“, so der BDL-Bundesvorsitzende:

„Die Menschen müssen merken, dass Demokratie für sie da ist, dann sind sie auch für die Demokratie da“, mahnt Sebastian Schaller.

Darum appelliert der BDL an die Parteien, den Solidaritätszuschlag nicht leichtfertig einzustampfen, um die Steuerzahler zu entlasten. Denn es braucht eine bundesweite Förderung strukturschwacher Gebiete. „Natürlich geht es um die Infrastruktur und um Arbeitsplätze, doch vor allem geht es um die Menschen dort“, sagt der BDL-Bundesvorsitzende.

Quelle: Bund der Deutschen Landjugend e.V., 16.10.2017